

Antrag zum Haushalt 2021/2022

Antragsteller: AfD Fraktion Gemeinderat
(Fraktion, Bezirksgemeinderat, Integrationsrat, Jugendgemeinderat)

Antrag vom: 16.04.2021

Antrags-Nr. des Antragstellers: 01
(Ifd. durchnummeriert, je Antrag ein extra Formular)

Antrag im Kurztext (für die Gesamtliste):

GWG verkauft im Jahr 200 Wohnungen – Mieter zu Eigentümer machen –
Veräußerungsgewinne an die Gesellschafter ausschütten

Ausführlicher Antrag:

Der Oberbürgermeister als Gesellschafterversammlung der GWG wird beauftragt, die Geschäftsführung anzuweisen, in den folgenden zwei Jahren jeweils 3 Prozent der Wohnungen zu verkaufen, also etwas 220 Wohnungen. Vorzugsweise sollen die Wohnungen den Mietern angeboten werden. Verkäufe an Dritte sollen nur an nicht gewerbliche Privatleute möglich sein, nicht an gewerbliche Immobilienbesitzer oder juristische Personen.

Ziel soll sein, einerseits die Vermögensbildung breiter Schichten zu ermöglichen und tendenziell auch eine preisdämpfende Wirkung auf den Reutlinger Markt für Eigentumswohnungen zu erreichen. Andererseits soll damit ein Veräußerungsgewinn von über 30 Mio. € erzielt werden, der vollständig an die Gesellschafter ausgeschüttet wird, anteilig für die Stadt brutto 25 Mio. €.

Begründung:

Die GWG besitzt lt. Bundesanzeiger zum 31.12.2019 7.466 Wohnungen und Häuser. In der Bilanz sind diese "Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten" unter Aktivseite II. 1. mit 190 Mio. € bewertet, im Durchschnitt also etwas über 25.000 € pro Wohneinheit. Bei einem angenommenen durchschnittlichen Verkaufspreis von 175.000 € würde so ein Veräußerungsgewinn von 150.000 pro Wohneinheit erzielt, bei 220 Einheiten also ca. 33 Mio. €. Die Stadt hält 77 Prozent an der GWG und bekäme so eine Ausschüttung von ca. 25 Mio. €.

Weitere Detailvorschläge enthält unser Antrag vom 03. März 2020.

Kosten nach Jahre aufgeteilt: _____

Deckungsvorschlag: _____

Unterschrift Vertreter: Hansjörg Schrade, Fraktionsvorsitzender
(z. B. Fraktionsvorsitzender, BezBM, Sprecher des JGR ...)

Hinweis an alle Antragsteller:

Ausgefüllten Vordruck bitte an folgende E-Mail-Adresse senden:
geschaeftsstelle-des-gemeinderats@reutlingen.de

Antragsteller:

AfD Fraktion Gemeinderat

(Fraktion, Bezirksgemeinderat, Integrationsrat, Jugendgemeinderat)

Antrag vom:

16.04.2021

Antrags-Nr. des Antragstellers: 02

(lfd. durchnummeriert, je Antrag ein extra Formular)

Antrag im Kurztext (für die Gesamtliste):

Verzicht Elektrifizierung RSV und TBR (Für die TBR gilt Antrag und Begründung entsprechend)

Ausführlicher Antrag:

Nach der öffentlichen (!) Präsentation vom 16.04.2021 "Sachstand zur finanziellen Situation der RSV und mögliche Einsparoptionen" beträgt der zusätzliche Aufwand für die Elektrifizierung (Umstellung auf Batterie-Busse) bis 2029 38 Mio. €, in dieser Summe sind Zuschüsse von Dritten schon berücksichtigt. Von 2021 bis 2029 sind das 9 Jahre, pro Jahr also über 4 Mio. €. In der selben Präsentation wird auch eine erhöhte Abschreibung durch (vorzeitige?, vor Ablauf der Abschreibungsdauer?) Erneuerung der Busflotte von 0,5 Mio. schon für 2020 erwähnt.

Wer also eine Elektrifizierung der RSV fordert, sei es eine Gemeinderatsmehrheit oder der diesen Beschluss ausführende OB, müsste nach Haushaltsrecht einen Deckungsvorschlag machen. Angesichts der real existierenden ökonomischen Situation der RSV (und der Stadt!) hat es diesen Deckungsvorschlag nie gegeben oder er war ein klassischer Non-Valeur.

Begründung:

Die der Gemeindeordnung, dem Haushaltsrecht und dem gesunden Menschenverstand widersprechende Negierung unseres Antrags vom 24.03.2020 (Kurzfristige Kostensenkungen in allen Bereichen) durch die Verwaltung hat zu einer ökonomischen Situation für die RSV GmbH und des "Konzern Stadt" geführt, die mindestens die Geschäftsführung, möglicherweise auch die Aufsichtsorgane in eine defensive Haltung bringt. Bei einer möglichen Insolvenz müsste die Geschäftsführung darlegen, welche Schritte sie zur Abwendung unternommen hat. Beschaffung von teureren Fahrzeugen ohne erkennbaren Kundennutzen oder Mehrertrag für die Gesellschaft könnten in dieser Situation ein Verstoss gegen die Treuepflicht der Geschäftsführung und der Aufsichtsorgane gegenüber der juristischen Person GmbH und den Gesellschaftern ausgelegt werden.

Natürlich wird von ein paar E-Bussen kein messbarer Nutzen für die Luftqualität in der Stadt Reutlingen ausgehen. Auch kann kein messbarer Nutzen im Sinne der aktuell herrschenden Klimaideologie bzw. CO2-Einsparideologie entstehen, so lange die Busse mit dem aktuell "aus der Steckdose kommenden" Strommix geladen werden – bei nicht nach Bedarf steuerbaren Stromerträgen aus Wind und Sonne wird jeder zusätzliche Stromverbrauch aus den zuschaltbaren fossilen Energieträgern Kohle oder Gas kommen (Pumpspeicher machen maximal 6 Prozent der Nettostromerzeugung aus und das dann nur in kurzen Spitzenlastzeiten, siehe die aktuellen Zahlen bei energy-charts.de der Fraunhofer-Gesellschaft).

Kosten nach Jahre aufgeteilt:

Deckungsvorschlag:

Unterschrift Vertreter:

Hansjörg Schrade, Fraktionsvorsitzender

(z. B. Fraktionsvorsitzender, BezBM, Sprecher des JGR ...)

Hinweis an alle Antragsteller: Ausgefüllten Vordruck bitte an folgende E-Mail-Adresse senden: geschaeftsstelle-des-gemeinderats@reutlingen.de

Antrag zum Haushalt 2021/2022

Antragsteller: AfD Fraktion Gemeinderat
(Fraktion, Bezirksgemeinderat, Integrationsrat, Jugendgemeinderat)

Antrag vom: 16.04.2021

Antrags-Nr. des Antragstellers: 03
(lfd. durchnummeriert, je Antrag ein extra Formular)

Antrag im Kurztext (für die Gesamtliste):

Verzicht auf weitere Verkehrsvergrämungsaktionen unter der irreführenden Überschrift Klimaschutz

Ausführlicher Antrag:

Lt. GEA vom 07. August 2020 (Reutlingen erhält Unterstützung bei der geplanten Parkraumbewirtschaftung im Bereich Ringelbach - Modellstadt für mehr Klimaschutz) soll "das Vorhaben", nämlich die Parkraumbewirtschaftung in den Gebieten Lerchenbuckel und Ringelbach (beim Krankenhaus) "im Sommer 2022 abgeschlossen sein".

Demzufolge ist kaum schon für 2021 mit einem Ertrag von 300 T€ aus Parkgebühren zu rechnen, selbst 2022 könnte Wunschdenken sein.

Begründung:

Zwar sind im Haushalt als möglicher finanzieller Ertrag aus der Parkraumbewirtschaftung im Gebiet Ringelbach – Krankenhaus – Lerchenbuckel 300 T€ p.a. aufgeführt. Mit keinem Stichwort sind jedoch die dafür notwendigen Investitionen/Tiefbaumaßnahmen im Haushalt zu finden. Möglicherweise soll so eine Sachzwang-Situation für den Gemeinderat geschaffen werden "wir brauchen die 300.000 Parkgebühren-Ertrag, also müssen Sie jetzt diese Investitionen genehmigen".

Damit wird jedoch nur die Belastung der Bürger (Anwohner, Besucher, Kunden) weiter erhöht, zusätzlich zur Grundsteuer, CO2-Steuer seit diesem Jahr, kalter Progression im Est-Recht, mit Sicherheit weiter steigenden Gebühren für kommunale Dienstleistungen usw. usf.

Kosten nach Jahre aufgeteilt: die 300 T€ waren Wunschdenken, Planansatz ohne realen Hintergrund

Deckungsvorschlag: Einsparung bei den Investitionskosten

Unterschrift Vertreter: Hansjörg Schrade, Fraktionsvorsitzender
(z. B. Fraktionsvorsitzender, BezBM, Sprecher des JGR ...)

Hinweis an alle Antragsteller: Ausgefüllten Vordruck bitte an folgende E-Mail-Adresse senden: geschaeftsstelle-des-gemeinderats@reutlingen.de

Antrag zum Haushalt 2021/2022

Antragsteller: AfD Fraktion Gemeinderat
(Fraktion, Bezirksgemeinderat, Integrationsrat, Jugendgemeinderat)

Antrag vom: 16.04.2021

Antrags-Nr. des Antragstellers: 04
(lfd. durchnummeriert, je Antrag ein extra Formular)

Antrag im Kurztext (für die Gesamtliste):

Abbruch der weiteren Planungen und damit verbundenen Kosten für das Projekt "ZELT" (Zero Emission Logistics Terminal) auf dem Gelände des ehem. Container-Güterbahnhofs

Ausführlicher Antrag:

Die Stadt verzichtet darauf, die unter dem Arbeitstitel ZELT angefangenen Planungen fortzuführen (19/101/01 vom 11.09.2019). Dort wurden für das Jahr 2021 400 T€ Planungskosten budgetiert.

Begründung:

Kein Container-Bahnhof arbeitet wirtschaftlich. Die dem Projekt den Namen gebenden Batterie-LKW mit entsprechender Nutzlast und Reichweite (große Container bis in den Bodenseeraum) sind Fiktion. Das Gelände bietet sich erstrangig als Bahnbetriebswerk für die Regionalstadtbahn an.

Ertrag nach Jahre aufgeteilt: 400.000 in 2021

Deckungsvorschlag:

Unterschrift Vertreter: Hansjörg Schrade, Fraktionsvorsitzender
(z. B. Fraktionsvorsitzender, BezBM, Sprecher des JGR ...)

Hinweis an alle Antragsteller: Ausgefüllten Vordruck bitte an folgende E-Mail-Adresse senden: geschaefsstelle-des-gemeinderats@reutlingen.de

Antrag zum Haushalt 2021/2022

Antragsteller: AfD Fraktion Gemeinderat
(Fraktion, Bezirksgemeinderat, Integrationsrat, Jugendgemeinderat)

Antrag vom: 16.04.2021

Antrags-Nr. des Antragstellers: 05
(lfd. durchnummeriert, je Antrag ein extra Formular)

Antrag im Kurztext (für die Gesamtliste):

Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kleinkinder selbst erziehen und nicht in staatliche oder andere institutionelle Obhut geben wollen.

Ausführlicher Antrag:

Anstatt die Kinderbetreuung weiter auszubauen, bietet die Stadt als freiwillige Leistung ein städtisches Betreuungsgeld für Eltern an, die ihre Kinder selbst zuhause betreuen möchten.

Die Stadt würde mit diesen Eltern einen öffentlich-rechtlichen Vertrag abschließen, der folgende Bestandteile enthielte:

- a) die Eltern verzichten auf eine Klage auf einen Betreuungsplatz
- b) die Eltern weisen deutsche Sprachkenntnisse (z.B. B1 Europ. Referenzrahmen) nach
- c) die Eltern bringen ein Gutachten bei, aus dem hervorgeht, dass die Kinder zuhause gut betreut werden können und nicht die Gefahr der Verwahrlosung besteht.

Begründung:

Für den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung (S. 76 im HH-Planentwurf) sind für die Folgejahre 2022 – 2025 jährlich zusätzlich ca. 3 Mio. € Personal- und Sachkosten sowie fast 14 Mio. € Investitionen im Finanzhaushalt vorgesehen. Bisher waren im Haushalt für ca. 6.500 bis 7.000 Kinder im Alter von 0 – 6,5 Jahren ca. 50 Mio. vorgesehen, das entspricht ca. 7.000 € pro Kind und Jahr.

Die Stadt könnte so ihre Strukturen überschaubarer halten und interessierte Eltern hätten ein zusätzliches Einkommen für den Elternteil, der freiwillig zuhause bleiben möchten. Die Höhe des Elterngeldes könnte im Ausschreibungsverfahren in der Höhe von ca. 5.000 € pro Kind pro Jahr für die Stadt zu Einsparungen führen.

Ertrag nach Jahre aufgeteilt: nicht quantifizierbar

Deckungsvorschlag: Einsparungen beim weiteren Ausbau der Kindertagesbetr.

Unterschrift Vertreter: Hansjörg Schrade, Fraktionsvorsitzender
(z. B. Fraktionsvorsitzender, BezBM, Sprecher des JGR ...)

Hinweis an alle Antragsteller: Ausgefüllten Vordruck bitte an folgende E-Mail-Adresse senden: geschaefsstelle-des-gemeinderats@reutlingen.de

Antrag zum Haushalt 2021/2022

Antragsteller: AfD Fraktion Gemeinderat
(Fraktion, Bezirksgemeinderat, Integrationsrat, Jugendgemeinderat)

Antrag vom: 06.04.2021

Antrags-Nr. des Antragstellers: 6
(Ifd. durchnummeriert, je Antrag ein extra Formular)

Antrag im Kurztext (für die Gesamtliste):

Masterplan Radverkehr

Ausführlicher Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen,

den Haushaltstitel 7.5410.028.00 Masterplan Radverkehr E-Bike-City Reutlingen ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Investitionen im Bereich mehrerer Millionen und nicht bezifferbare Folgekosten müssen in Zeiten der Notwendigkeit von Einsparungen unterbleiben soweit keine Handlungsnotwendigkeit besteht. Diese ist nicht ersichtlich.

Kosten nach Jahre aufgeteilt: 0,00

Deckungsvorschlag: Entfällt

Unterschrift Vertreter: _____
(z. B. Fraktionsvorsitzender, BezBM, Sprecher des JGR ...)

Hinweis an alle Antragsteller:

Ausgefüllten Vordruck bitte an folgende E-Mail-Adresse senden:
geschaeftsstelle-des-gemeinderats@reutlingen.de

Antrag zum Haushalt 2021/2022

Antragsteller: AfD Fraktion Gemeinderat
(Fraktion, Bezirksgemeinderat, Integrationsrat, Jugendgemeinderat)

Antrag vom: 16.04.2021

Antrags-Nr. des Antragstellers: 7
(lfd. durchnummeriert, je Antrag ein extra Formular)

Antrag im Kurztext (für die Gesamtliste):

Kulturschock Zelle e.v.

Ausführlicher Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der HH-Titel Dez. III THH 40 Produktgruppe 28.10 (vgl. Anlage 7) Zuschuß Kulturschock Zelle e.V. wird ersatzlos gestrichen.

Begründung:

In Zeiten verheerender städtischer Finanzlage müssen nicht dringend notwendige Ausgaben reduziert werden. Durch die Streichung werden für die Jahre 21 und 22 jährlich 43.429,00 €, mithin 86.858,00 € frei, die dem Kommunalhaushalt für weitere Zwecke/Reduzierung der Neuverschuldung zur Verfügung stehen.

Der Verein hat alternativ die Möglichkeit sich über Mitgliedsbeiträge zu finanzieren.

Kosten nach Jahre aufgeteilt: 0,00 €

Deckungsvorschlag: entfällt

Unterschrift Vertreter: _____
(z. B. Fraktionsvorsitzender, BezBM, Sprecher des JGR ...)

Hinweis an alle Antragsteller:

Ausgefüllten Vordruck bitte an folgende E-Mail-Adresse senden:
geschaeftsstelle-des-gemeinderats@reutlingen.de

uAntrag zum Haushalt 2021/2022

Antragsteller: AfD Fraktion Gemeinderat
(Fraktion, Bezirksgemeinderat, Integrationsrat, Jugendgemeinderat)

Antrag vom: 16.04.2021

Antrags-Nr. des Antragstellers: 8
(Ifd. durchnummeriert, je Antrag ein extra Formular)

Antrag im Kurztext (für die Gesamtliste):

Kulturverein Franz K e.V.

Ausführlicher Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Zuschuß für den Kulturverein Franz K e.V., Dez. III TH40 Produktgruppe 28.10 gem. Anlage 7, wird um 100.000 € gestrichen.

Begründung:

Durch die Streichung des vorgen. Titels werden Ausgaben von jährlich 100.000 mithin für die Haushaltsjahre 21 und 22 200.000 € eingespart, die zur Verringerung der städtischen Verschuldung beitragen.

Die politische Großwetterlage scheint so, dass auch dieses Jahr wenige Veranstaltungen stattfinden können, mithin von der Personalseite die Kosten von Kurzarbeitergeld abgedeckt sein sollten.

Kosten nach Jahre aufgeteilt: 0,00

Deckungsvorschlag: entfällt

Unterschrift Vertreter: _____
(z. B. Fraktionsvorsitzender, BezBM, Sprecher des JGR ...)

Hinweis an alle Antragsteller:

Ausgefüllten Vordruck bitte an folgende E-Mail-Adresse senden:
geschaeftsstelle-des-gemeinderats@reutlingen.de

Antrag zum Haushalt 2021/2022

Antragsteller: AfD Fraktion Gemeinderat
(Fraktion, Bezirksgemeinderat, Integrationsrat, Jugendgemeinderat)

Antrag vom: 06.04.2021

Antrags-Nr. des Antragstellers: 9
(Ifd. durchnummeriert, je Antrag ein extra Formular)

Antrag im Kurztext (für die Gesamtliste):

Görls e.V.

Ausführlicher Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Zuschüsse an Görls e.V. Dez. III THH 51, Produktgruppe 36.20 gem. Anlage 7 wird um 100.000 € gekürzt.

Begründung:

In Zeiten schlechter Finanzlage sind Vereine darauf zu verweisen, dass die städtische Förderung nicht möglich und die Finanzierung aus Eigenmitteln, wie z.B. Mitgliedsbeiträgen und Spenden aufzubringen ist.

Kosten nach Jahre aufgeteilt: 0,00 €

Deckungsvorschlag: entfällt

Unterschrift Vertreter: _____
(z. B. Fraktionsvorsitzender, BezBM, Sprecher des JGR ...)

Hinweis an alle Antragsteller:

Ausgefüllten Vordruck bitte an folgende E-Mail-Adresse senden:
geschaeftsstelle-des-gemeinderats@reutlingen.de

Antrag zum Haushalt 2021/2022

Antragsteller: AfD Fraktion Gemeinderat
(Fraktion, Bezirksgemeinderat, Integrationsrat, Jugendgemeinderat)

Antrag vom: 16.04.2021

Antrags-Nr. des Antragstellers: 10
(Ifd. durchnummeriert, je Antrag ein extra Formular)

Antrag im Kurztext (für die Gesamtliste):

Fahrradschnellwege

Ausführlicher Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die HH-Titel

7.5410.033.00 Radschnellweg Honauer Bahntrasse sowie 7.5410.033.01 Radschnellweg Tübingen – Reutlingen werdenj ersatzlos gestrichen.

Begründung:

Millioneninvestitionen mit nicht absehbaren Folgekosten sind, auch wenn Fördergelder nicht abgerufen werden, in Zeiten notwendiger Haushaltskonsolidierung zurückzustellen. Dies insbesondere, wenn der Haushalt erheblich überschuldet ist.

Kosten nach Jahre aufgeteilt: 0.00 €

Deckungsvorschlag: entfällt

Unterschrift Vertreter: _____
(z. B. Fraktionsvorsitzender, BezBM, Sprecher des JGR ...)

Hinweis an alle Antragsteller:

Ausgefüllten Vordruck bitte an folgende E-Mail-Adresse senden:
geschaeftsstelle-des-gemeinderats@reutlingen.de